



die tageszeitung

Ausgabe Berlin
Nr. 9191
20. Woche
32. Jahrgang
€ 1,90 AUSLAND
€ 1,30 DEUTSCHLAND

MITTWOCH, 19. MAI 2010 | WWW.TAZ.DE

HEUTE IN DER TAZ



RUSSLAND
Menschenrechtlerin
Svetlana
Gannuschkina über
Repressionen unter
Dmitri Medwedjew
> SEITE 4

PROZESS Seit gestern
steht der Ex-MdB Jörg
Taus in Karlsruhe
wegen des Besitzes
von kinderporno-
grafischem Material
vor Gericht > SEITE 6

BERLIN Jamaika-
Opposition am Ende:
Grüne kündigen FDP
die Kooperation > SEITE 21

Fotos oben, links: apn, ap

VERBOTEN

**Guten Abend,
meine Damen und Herren,**

willkommen in der Stadthalle
von Frankfurt, der Hauptstadt
der Finanzkrise. Ja, da geht ein
Raunen durch die Bänke und
Banker, aber wartet nur, bis die
Merkel mit der Transaktions-
steuer kommt, da wird da ganz
schnell Heulen und Zähneklap-
pern draus. Unsere Gäste heu-
te: Selma Hayek, bei der wird
auch der Haijock, Bryan Adams,
der sieht auch immer noch so
jung aus wie damals, als er jung
war, und Veronika Ferres...
AAAAHHH... oh mein Gott, oh
mein Gott, oh mein Gott. Ah.
Puh. Ausatmen. Vorbei. Für
diesmal. Denn immer am Ge-
burtstag des blonden Bösen

**droht verboten ein Wer-Gott-
schalk zu werden. Aber es ist
unter Kontrolle. Dieses Mal.**

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht
durch 9.540 GenossInnen, die in
die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90
fax (030) 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90
fax 030-251 06 94,
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0
fax 030-251 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de



FDP will Steuern erhöhen

KRISE Schwarz-Gelb will sich jetzt doch für eine internationale
Finanzmarktsteuer einsetzen. Sozialdemokraten fordern
eine europaweite Volksabstimmung darüber



Ist das noch liberal? Foto [M]: Jochen Zick/keystone, attac

BERLIN apn/reuters | Union und
FDP haben sich auf eine Finanz-
marktsteuer geeinigt. Das teilten
die Fraktionschefs Volker Kauder
(CDU) und Birgit Homburger
gestern in Berlin mit. Offen blieb
nach dem Koalitionsausschuss
jedoch, ob damit eine Finanz-
transaktionssteuer gemeint ist,
wie sie die Union bevorzugt, oder
ob es sich um eine Finanz-

aktivitätssteuer handelt, wie sie
die FDP haben will. Bei einer
Transaktionssteuer würden ein-
zelne Geschäfte mit einer Ab-
gabe von 0,01 bis 0,05 Prozent
belastet. Die Aktivitätssteuer kä-
me nach dem Koalitionsausschuss
auf Gewinne, Gehälter und Boni
auf gleich. Unionsfraktions-
geschäftsführer Peter Altmaier
sagte, die Details sollten jetzt

ausgearbeitet werden. Mit Blick
auf die FDP sagte er: „Manchmal
haben auch Wahlergebnisse päd-
agogische Effekte.“ Kanzlerin
Angela Merkel sei im Übrigen nie
gegen eine Transaktionssteuer
gewesen. Die Sozialdemokraten
in Österreich und Deutschland
wollen unterdessen ein europä-
weites Volksbegehren zur Ein-
führung der Transaktionssteuer

auf den Weg bringen. Dies kün-
digten SPD-Chef Sigmar Gabriel
und Österreichs Bundeskanzler
Werner Faymann gestern in Ber-
lin an. Das Volksbegehren solle
bis Ende des Jahres eingelegt
werden, wenn die konservativ-li-
beralen Regierungen in der EU
die Finanzmärkte bis dahin nicht
reguliert hätten.

> Schwerpunkt SEITE 3

Hedgefonds kommen an die Leine

KRISE EU-Finanzminister
fordern stärkere
Regulierung

BRÜSEL rtr | Die EU-Finanz-
minister haben am Dienstag in
Brüssel gegen den Willen der Briten
ihre Position für die Ver-
handlungen mit dem Europäi-
schen Parlament festgelegt, um
den Gesetzentwurf nach mona-
telanger Hängepartie rasch un-
ter Dach und Fach zu bringen.
Danach sollen Hedgefonds künf-
tig transparenter agieren, um Ri-
siken in der Branche besser kon-
trollieren zu können. Der Bun-
desverband Alternative Invest-
ments (BAI) begrüßte die Positi-
onen in weiten Teilen. „Wir sind
entschlossen, alles zu tun, um
das Tempo der Regulierung zu
beschleunigen“, sagte Bundesfi-
nanzminister Wolfgang Schäuble
in Brüssel.

> Der Tag SEITE 2
> Meinung + Diskussion SEITE 12

Ölpest: Schwere Schäden befürchtet

WASHINGTON apn/taz | Vier
Wochen nach der Explosion der
Bohrinsel „Deepwater Horizon“
wächst die Sorge, dass die Ölpest
schwere Umweltschäden an den
Küsten Floridas anrichten könn-
te. Bereits am Montag wurden
mindestens 20 Teerkümpen an
einen Strand auf der Insel Key
West angeschwemmt, die mög-
licherweise vom Ölunfall im Golf
von Mexiko herrühren. Unab-
hängige Wissenschaftler be-
fürchten, dass das weiter ins
Meer sprudelnde Öl von einer
Strömung erfasst wird, um den
Südpol Florida herumwan-
delt und so die Ostküste des So-
nnenscheinstaates im Atlantik er-
reicht. US-Präsident Barack Oba-
ma will eine unabhängige Kom-
mission zur Aufklärung der
Schuldfrage einsetzen.

> Wirtschaft + Umwelt SEITE 9

KOMMENTAR VON RALPH BOLLMANN

Politik ist ein Versprechen, das gebrochen wird

Spätestens seit Dienstag ist klar, dass
auch die FDP ein Grundgesetz der Po-
litik nicht außer Kraft setzen kann: Regie-
ren bedeutet, notfalls die eigenen Glaub-
benssätze über Bord zu werfen. Ein Au-
ßenminister der Grünen führte die Deut-
schen in ihren ersten Kriegseinsatz seit
1945, ein SPD-Kanzler räumte mit den
Hartz-Reformen soziale Errungenscha-
ften ab, eine CDU-Ministerin verbannte
das konservative Familienbild in die po-
litische Rumpelkammer. Dass die FDP aus-
gerechnet zu dem Zeitpunkt an die Regie-
rung kam, zu dem der Glaube an die frei-
en Märkte geschwunden war – das ist vor
diesem Hintergrund keineswegs ein Irr-
tum der Geschichte, sondern deren aus-

gleichende Gerechtigkeit. So gesehen ist
dem Wählervotum vom Herbst eine
Weisheit nicht abzusprechen.

Eine Mitte-links-Regierung hätte mit
einer Regulierung der Finanzmärkte, wie
sie jetzt in Deutschland und Europa we-
nigstens zaghaf in Gang kommt, den
wütenden Protest nicht nur der Opposi-
tion, sondern auch des gesamten Wirt-
schafts- und Bankennilieus heraufbe-
schworen. Jetzt ist es die FDP, die sich von
ihrem eigenen Programm verabschie-
den muss. Sie tut es unter dem Zwang der
Umstände, widerwillig und ohne jede ar-
gumentative Vorbereitung. Fast so ab-
rupt, wie Gerhard Schröder einst seine
Agendapolitik verkündete.

In beiden Fällen geschah der Kurs-
wechsel unter dem Druck nicht nur eines
drohenden wirtschaftlichen Zusam-
menbruchs, sondern auch des befürch-
teten Machtverlusts. Anders als damals die
SPD muss die FDP heute zwar die Fünf-
prozenthürde fürchten, mangels Masse
aber nicht die Entstehung einer neuen
Interessenpartei – zumal der Finanz-
branche andere Kanäle der Einflussnah-
me offen stehen.

**Dass die FDP ausgerechnet
jetzt regiert, zeigt
die Weisheit der Geschichte**

Die Forderung nach einer Trans-
aktionssteuer ist vorerst nicht mehr als
symbolische Politik, solange es auf inter-
nationaler Ebene keinen Konsens dar-
über gibt und die Europäer zu einem Al-
leingang nicht entschlossen sind. Aber
auch Symbole sind eben Politik. Erstaun-
lich an der Situation ist vor allem die
Blindheit, mit der sich die Akteure in die-
se Situation hineinbegeben haben. Das
betrifft allerdings nicht so sehr die Bun-
deskanzlerin, die mit dem allseits gefor-
derten Machtwort wenig ausgerichtet
hätte. Es gehört zum Wesen von Lernpro-
zessen, dass sie stets von innen kommen
müssen. Die Häutungen der FDP sind al-
so nur konsequent.